

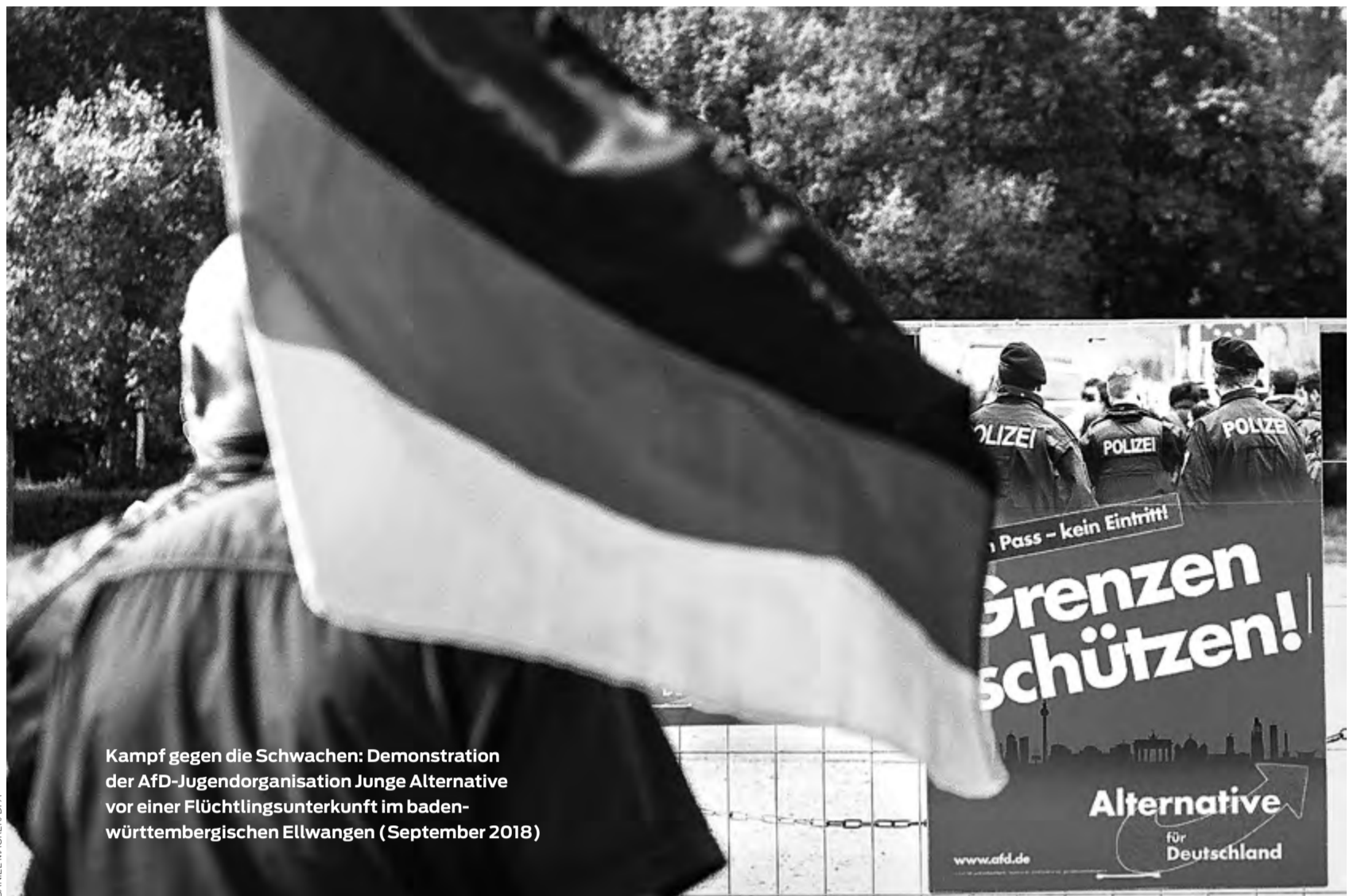
**A**m 3. Juli 2018 berief sich die AfD-Abgeordnete Birgit Malsack-Winkemann im Deutschen Bundestag auf eine epidemiologische Studie, um vor vermeintlichen gesundheitlichen Gefahren zu warnen, die angeblich mit der Einwanderung von Geflüchteten einhergehen. »Danach hat jeder vierte Migrant in Europa antibiotikaresistente Bakterien. Zwar fand man im Rahmen der Studie (...) keine Hinweise auf eine Ansteckung der einheimischen Bevölkerung. Nach logischem Menschenverstand wäre es jedoch ein Wunder, wenn sich die einheimische Bevölkerung nicht ansteckt, wenn die Migranten unter ihr sind. Wenn jeder vierte Migrant mit antibiotikaresistenten Bakterien besiedelt oder infiziert ist, ist nicht nur eine gründliche Gesundheitsuntersuchung jedes Migranten notwendig, sondern auch eine Form der Quarantäne der erkrankten Migranten zum Schutz der einheimischen Bevölkerung.«

Die Studie, die lediglich auf einer Schätzung anhand der Auswertung von Fachartikeln beruht, war im Mai in der Zeitschrift *The Lancet Infectious Diseases* erschienen. Als Ursachen für den schlechten Gesundheitszustand der Geflüchteten in Europa identifizieren die Autorinnen und Autoren – neben den Belastungen durch die Migration – die schlechten Lebensbedingungen in den Lagern und Gefängnissen sowie den Ausschluss aus der hochwertigen Gesundheitsversorgung. Die Gefahr einer Ansteckung gesunder Personen mit multiresistenten Erregern ist nach Informationen des Robert-Koch-Instituts und der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin »verschwindend gering«. In Krankenhäusern werden im Verdachtsfall besondere Maßnahmen zur Behandlung der Betroffenen eingeleitet. All das verschwieg die AfD-Abgeordnete. Ihr ging es offensichtlich nicht um Fakten, sondern darum, Immigration als Bedrohung darzustellen und für Hunderttausende Menschen »Quarantäne« zu fordern.

### Mythos »Verwandtenehe«

Mit ihrer Mischung aus traditionell völkischem Rassismus und neoliberalen Leistungsethos heizt die AfD feindselige gesellschaftliche Stimmungen an, die sich nicht nur gegen Geflüchtete, sondern auch gegen erwerbslose, obdachlose oder behinderte Menschen richten. Die Verbreitung sozialdarwinistischer Ansichten verzeichnet unter anderem die von Oliver Decker und Elmar Brähler herausgegebene Untersuchung »Flucht ins Autoritäre«, erschienen im November 2018. Demnach stimmen 9,8 Prozent der Befragten der Aussage zu, »wie in der Natur« solle »sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen«, und 10,1 Prozent teilten die Ansicht, es gebe »wertvolles und unwertes Leben«.

An derartige Ideologeme appellierte auch eine bundesweit skandalisierte Anfrage der AfD-Bundestagsabgeordneten Nicole Höchst, Franziska Gminder, Jürgen Pohl und Verena Hartmann zum Thema »Schwerbehinderte in Deutschland« vom März 2018. Die Abgeordneten provozierten mit der Formulierung, ob eine gestiegene Zahl von Schwerbehinderungen auf Immigration zurückzuführen sei. Sie legten einen Zusammenhang nahe zwischen der Zunahme und »Heiraten innerhalb der Familie« – gemeint sind eigentlich Ehen zwischen Cousins und Cousins –, die unter Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten häufiger vorkommen als im Rest der Bevölkerung. In ihrer Antwort verweist die Bundesregierung darauf, dass Beeinträchtigungen nur zu einem geringfügigen Anteil angeboren sind und eher mit dem höheren Alter in Verbindung stehen. Außerdem sei die Zahl anerkannter »Schwerbehinderungen« unter Deutschen doppelt so hoch wie unter Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Alan Bittles,



Kampf gegen die Schwachen: Demonstration der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative vor einer Flüchtlingsunterkunft im baden-württembergischen Ellwangen (September 2018)

# Partei der Angst

Wie die AfD erkrankte und behinderte Immigranten als gefährlich verunglimpft und sich gegen die Modernisierung des Bildungswesens stellt. **Von Gerd Wiegel**

Leiter des Zentrums für Vergleichende Genomik an der australischen Murdoch University in Perth, betonte, dass im Fall von Ehen zwischen Cousins und Cousins für den Nachwuchs nur ein marginal erhöhtes Risiko in Bezug auf sehr seltene vererbte Krankheiten besteht. »Die Diskussion um die Verwandtenehe ist leider rassistisch und antimuslimisch aufgeladen«, so Bittles laut dem Berliner *Tagespiegel* (22.6.2018).

Dies gilt auch für die Anfragen der AfD. Indem Vertreter dieser Partei eine gesund-

Regelschule nicht leisten kann. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein.« Ilja Seifert, Vorsitzender des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland, sieht darin eine Politik der »Aussonderung«, denn es gehe der Partei an keiner Stelle um eine konkrete Verbesserung der Förderung (*Süddeutsche Zeitung* vom 23.4.18).

Die Rechtsnationalisten rufen ferner nach verschärfter staatlicher Repression gegen nicht gesunde Inhaftierte und knüpfen damit an antidemokratische

„ Indem Vertreter der AfD eine gesundheitliche Bedrohung und eine Belastung durch Minderheiten suggerieren, erinnern sie an Elemente einer nazistischen Bevölkerungspolitik.

heitliche Bedrohung und eine Belastung durch Minderheiten suggerieren, erinnern sie an Elemente einer nazistischen Bevölkerungspolitik. Darauf machte auch eine von Wohlfahrtsverbänden und Behindertenrechtsorganisationen und Sozialverbänden in überregionalen Tageszeitungen geschaltete Anzeige aufmerksam.

### Für Sicherungsverwahrung

In ihrem Bundestagswahlprogramm vertritt die AfD ihre zentrale behindertenpolitische Position: »Keine ideologisch motivierte Inklusion: Förder- und Sonderschulen erhalten.« Die Partei behauptet: »Die Forderung der Vereinten Nationen, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist in Deutschland bereits erfüllt. Kinder mit besonderem Förderbedarf erhalten in der Förderschule eine umfassende Unterstützung, die die

Traditionen des Strafvollzugs an: »Nicht therapierbare alkohol- und drogenabhängige sowie psychisch kranke Täter, von denen erhebliche Gefahren für die Allgemeinheit ausgehen, sind nicht in psychiatrischen Krankenhäusern, sondern in der Sicherungsverwahrung unterzubringen.«

Die bestimmenden Themen der AfD bleiben Immigration und Islamfeindlichkeit. Insgesamt wendet sich die Partei gegen alle, die ihren reaktionären Vorstellungen von einem »deutschen Volk« nicht entsprechen. Auch behinderte und chronisch kranke Menschen haben nichts Gutes von ihr zu erwarten.

**Gerd Wiegel ist Politologe und Publizist. Er arbeitet als Referent für Rechtsextremismus und Antifaschismus für die Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag.**

ANZEIGE

**Ich habe eine Behinderung ... - Na und?!  
Trotzdem kaufe ich, was mir schmeckt!  
Mit der Assistenz meiner Wahl. Wann, wo und wie ich es möchte!**

**ad ambulante dienste e.V.**  
Urbanstraße 100 • 10967 Berlin • Tel. 030/690487-0 • Fax: 030/690487-23  
E-Mail: ad@adberlin.com • Internet: www.adberlin.com  
Mitglied im BBSZ PARITÄTISCHE

**Unser Angebot:**

- Vermittlung von persönlicher Assistenz
- Vermittlung von Elternassistenz
- Beratung zum persönlichen Budget
- Begleitung im persönlichen Budget
- sozialrechtliche juristische Beratung